

Perry Anderson

**Nach Atatürk**  
**Die Türken, ihr Staat und Europa**

Aus dem Englischen von Joachim Kalka

BERENBERG

## Der Kemalismus

Die bedeutendste Wahrheit, die nach der Wende des Jahres 1989 zutage trat – so schrieb J. G. A. Pocock zwei Jahre später –, »ist es, dass die Grenzen des sogenannten Europa nach Osten hin überall offen und unbestimmt sind. ›Europa‹ ist, wie man nun sehen kann, nicht ein Kontinent (wie im Traum der antiken Geographen), sondern ein Subkontinent: eine Halbinsel der eurasischen Landmasse. Es ähnelt Indien darin, dass es von einer höchst charakteristischen Gruppierung sich untereinander austauschender Kulturen bewohnt wird, doch es unterscheidet sich von ihm dadurch, dass es keine klar markierte geographische Grenze besitzt. Anstelle von Afghanistan und dem Himalaya erstrecken sich weite, ebene Flächen, auf denen das konventionelle ›Europa‹ in das konventionelle ›Asien‹ übergeht, und die meisten Reisenden hier würden den Ural wahrscheinlich nicht wahrnehmen, wenn sie ihn je erreichten.«<sup>1</sup>

Aber, so fuhr Pocock fort, für die großen Reiche – zu denen man in ihrer Art die EU zählen muss – bestand immer die Notwendigkeit, den Raum ihrer Machtausübung klar zu fixieren und die Grenzen der Angst oder Anziehungskraft ringsumher präzise festzulegen.

Anderthalb Jahrzehnte später hat diese Frage greifbarere Formen angenommen. Nach der Aufnahme aller Staaten des einstigen Comecon-Bereichs sind nur noch die unordentlichen Restbestände der ehemaligen unabhängigen kommunistischen Staaten Jugoslawien und Albanien, die sieben kleinen Staaten des »westlichen Balkan«, in die EU zu integrieren. Doch dass das irgendwann geschehen wird, daran zweifelt niemand – hier handelt es sich um eine Nachzüglerzone, die weit hinter jenen Grenzen liegt, die sich bereits bis zum Schwarzen Meer erstrecken. Das große Problem der EU liegt weiter östlich, an einem Punkt, wo kein endloses

**8** Steppengebiet das Auge verwirrt, wo jedoch nach einer alten Tradition ein schmaler Wasserstreif zwei Welten trennt. Niemand hat je den Bosphorus übersehen. »Jedes Schulkind weiß, dass Kleinasien kein Teil von Europa ist«, rief Sarkozy den Wählern auf seinem Weg in den Elyséepalast zu und versprach ihnen, das solle auch so bleiben – eine Zusage, die so verlässlich war wie die Inszenierung seiner eigenen Ehe im Wahlkampf. So lässt sich das türkische Problem aber nicht behandeln. Innerhalb der EU herrscht seit geraumer Zeit ein überwältigender Konsens, dass die Türkei uneingeschränktes Mitglied werden solle. Das schließt nicht aus, dass die eine oder andere Regierung gelegentlich noch einmal nachdenklich wird und schier anderen Sinnes werden möchte – Deutschland, Frankreich, Österreich haben alle derartige Bedenken gezeigt –, aber jeglicher politischen Konsequenz solcher Gedanken steht eine hohe Schranke einhelliger Medienmeinung gegenüber. Die Medien sind sich hier in viel höherem Maße einig und befürworten den türkischen Beitritt nachdrücklicher als der Ministerrat oder die Kommission selbst. Hinzu kommt, dass noch niemals ein Land, das als Kandidat für den EU-Beitritt akzeptiert wurde, nach Aufnahme der Verhandlungen am Ende zurückgewiesen worden wäre.

Die Ausdehnung der EU auf das Gebiet des Warschauer Pakts bedurfte keiner großen politischen Verteidigung oder langen Überzeugungsarbeit. Die Länder, um die es ging, waren alle unbestreitbar europäisch, wie immer man den Begriff auch definieren wollte, und sie hatten sämtlich – wie allgemein nur zu gut bekannt – unter dem Kommunismus gelitten. Sie in die EU aufzunehmen, das bedeutete nicht nur, einen alten Riss durch den Kontinent zu heilen, es hieß auch, den Osten für sein Unglück nach 1945 zu entschädigen und das schlechte Gewissen des Westens angesichts der so verschiedenen Schicksale der jeweiligen Regionen zu besänftigen. Die neuen Mitgliedsstaaten bildeten natürlich auch ein strategisches Glacis vor der Grenze zu einem möglicherweise wiedererstarkenden Russland und boten ein Reservoir billiger Arbeitskräfte in

unmittelbarer Nähe. Die in diesen Fällen unbestreitbare Logik lässt sich aber nicht so ohne weiteres auf die Türkei übertragen. Dieses Land ist schon lange eine Marktwirtschaft mit freien Wahlen, es ist eine Säule der NATO und liegt heute weiter von Russland entfernt denn je. Es mag den Anschein haben, als ob nur das zweite der für Osteuropa angeführten Motive, das wirtschaftliche, hier zuträfe – ein nicht unwichtiges Motiv natürlich, aber doch eigentlich nicht geeignet, die hohe Priorität zu erklären, die der Beitritt der Türkei für Brüssel seit längerem hat.

Trotzdem kann man eine gewisse Symmetrie zum Fall Osteuropas in den Hauptargumenten erkennen, die in den westlichen Hauptstädten für die türkische Mitgliedschaft vorgebracht werden. Der Sturz der Sowjetunion mag die Drohung des Kommunismus beseitigt haben, doch stellt mittlerweile – so glaubt man vielerorts – der Islamismus eine vergleichbare Gefahr dar. Er ist in den autoritären Staaten des Nahen Ostens ungeheuer stark geworden und droht auf die Immigrantenspopulationen in Westeuropa überzugreifen. Was könnte es hier für eine bessere Prophylaxe geben, als eine robuste muslimische Demokratie in die EU zu holen, die dann als Leuchtturm der liberalen Weltordnung (für eine Region auf verzweifelter Suche nach einem aufgeklärteren politischen Modell) und als Wachtposten gegen jegliche Art von Terrorismus und Extremismus fungieren könnte? Diese Argumentation kommt aus den USA, die weiterreichende globale Verantwortungszusammenhänge kennen als die EU, und sie steht im Vordergrund bei dem fortdauernden amerikanischen Druck, die EU möge die Türkei bald aufnehmen. Ähnlich wie Washington das Tempo für die Osterweiterung in Brüssel vorgab und die Positionen für die Rollbahnen setzte, auf denen dann die EU einflog, so hat es die Sache der Türkei schon lange vertreten, ehe Ministerrat oder Kommission soweit waren.

Doch obwohl das strategische Argument – zugunsten eines geopolitischen Bollwerks gegen die falsche Art von Islam – mittlerweile in euro-

Leseprobe aus:

Perry Anderson  
**Nach Atatürk**  
Die Türken, ihr Staat und Europa

Aus dem Englischen von Joachim Kalka

184 Seiten · Halbleinen · fadengeheftet · 164 x 228 mm

Die Originaltexte erschienen in der London Review of Books  
(»Kemalism« am 11. September 2008, »After Kemal« am 25. September 2008,  
»The Divisions of Cyprus« am 24. April 2008).

© 2008 Perry Anderson

© 2009 der deutschen Übersetzung:

Berenberg Verlag, Ludwigkirchstraße 10a, 10719 Berlin

Ausstattung | Gestaltung: Groothuis, Lohfert, Consorten | glcons.de

Reproduktion: Frische Grafik, Hamburg

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-937834-31-3



BERENBERG